

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Wir müssen retten, was zu retten ist

Nr. 056.14 / 14.02.2014

Zu der Ankündigung der Nürnberger Versicherung, sich aus der Haftpflichtversicherung für Hebammen zurückzuziehen, erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, **Marret Bohn**:

„Diese Nachricht bringt das Fass zum Überlaufen. Für die Hebammen und die Geburtshilfe in Schleswig-Holstein folgt eine Hiobsbotschaft der nächsten. Gestern der Sozialausschuss mit dem Bericht des Ministeriums, heute die Meldung des Deutschen Hebammenverbandes, dass die Nürnberger Versicherung sich aus der Haftpflichtversicherung von Hebammen zurückzieht.

Es ist unbegreiflich: Seit Jahren weisen wir Grüne auf das Problem hin und stoßen auf taube Ohren. Damit muss jetzt endlich Schluss sein. Wir haben konstruktive Vorschläge auf den Tisch gelegt. Machen wir uns nichts vor: Die Geburtshilfe auf Sylt war nur die Spitze des Eisberges – inzwischen geht es schon längst neben Oldenburg und dem Geburtshaus in Kiel um die Geburtshilfe im Ganzen. Und in anderen Flächenländern in Deutschland sieht es nicht besser aus.

Es nützt nichts, den demografischen Wandel in Sonntagsreden zu beschreiben, wir müssen ihn aktiv gestalten. Ob auf Sylt, auf Fehmarn oder im ländlichen Raum: Mütter und junge Familien brauchen Hebammen. Die Verunsicherung über die Zukunft der Geburtshilfe muss umgehend beendet werden. Der aktuelle Zustand ist für alle Beteiligten eine Zumutung.

Ich lehne es zudem ab, Hebammen und Krankenhäuser gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen beides: Hebammen vor Ort und Spezialzentren in Krankenhäusern. Kurzum: Ich erwarte, dass die Bundesebene umgehend zu einem Krisengipfel einlädt, um zu retten, was zu retten ist.“

Hintergrundinformationen: Hinter [Link1](#) finden Sie einen Antrag der grünen Landtagsfraktion aus der vergangenen und hinter [Link2](#) einen Antrag aus der laufenden Legislaturperiode. Beide zielen auf eine Verbesserung im Bereich der Geburtshilfe ab.